

Pressemitteilung:

„Nicht über uns, sondern mit uns reden“

Zum ersten Mal waren Menschen mit Behinderung im Deutschen Bundestag zusammengekommen, um selbst zu an der politischen Entwicklung teilzuhaben. Nachdem diese Veranstaltung bereits für Ende letzten Jahres geplant war, aber abgesagt werden musste, da sich zu viele Rollstuhlfahrer angemeldet hatten und der Brandschutz nicht mehr gewährleistet werden konnte, hat es dieses Jahr geklappt.

Auf der Homepage des Bundestages gibt eine kurze Zusammenfassung Auskunft über die Veranstaltung:

[http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2012/41229714\\_kw43\\_behinderung/index.html](http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2012/41229714_kw43_behinderung/index.html)

Ich möchte in diesem Bericht näher auf meine persönliche Sicht der Dinge und die Inhalte der Arbeitsgruppe, an der ich teilgenommen habe, eingehen.

Insgesamt waren die knapp 300 Teilnehmer in 12 Arbeitsgruppen verteilt. Ich selbst war Teilnehmer der Gruppe „Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung“. Außer mir war der Vorsitzende des Gehörlosenvereins Tuttlingen (Baden-Württemberg) als Vertreter der Gehörlosen in Gruppe 3 anwesend. Die inhaltliche Arbeit bezog sich auf folgende Bereiche:

#### 1. Bewusstseinsbildung

Es geht darum bei der Bevölkerung ein Bewusstsein für die Situation von Menschen mit Behinderung zu schaffen. Dieser Prozess sollte möglichst bereits in der frühkindlichen Bildung beginnen, da die Kinder in dieser Entwicklungsphase noch relativ frei von Vorurteilen sind. Dies könnte beispielsweise durch Kooperationsklassen, wie sie in Bremen bereits seit 27 Jahren existieren, sichergestellt werden. Dabei werden zwei Klassen (Kinder mit und ohne Behinderung) in vielen Fächern bis zum Ende der 12. Klasse gemeinsam unterrichtet. Die Kinder lernen so von Anfang an mit den individuellen Bedürfnissen der anderen umzugehen und sind sich deren bewusst. Ein selbstverständlich gleichberechtigter Umgang entsteht.

Ansonsten könnten Projekte oder Unterrichtseinheiten in den Lehrplan integriert werden, in denen die jungen Schüler unter anderem durch Tage der Begegnung auf natürliche Weise an das Thema „Behinderung“ herangeführt werden. Der Kontakt muss natürlich pädagogisch begleitet werden, damit die Kinder die Chance haben positive Erfahrungen aus diesen Treffen mitzunehmen. Zudem sind Kinder gute Multiplikatoren, da sie die natürliche Skepsis Erwachsener noch nicht entwickelt haben.

Auch im Bereich der Medizin muss mehr Bewusstsein geschaffen werden. Die Zusammenarbeit zwischen Verbänden und Medizinern sollte gefördert werden. Zur medizinischen Beratung sollten auch „Experten in eigener Sache“ hinzugezogen werden, die den Betroffenen eine zusätzliche, praxisorientierte Sichtweise auf das Leben mit Behinderung bieten.

## 2. Barrierefreiheit in allen Bereichen

Bei den Veränderungen im Bereich „Barrierefreiheit“ soll es zum einen um den Abbau baulicher und technischer Barrieren gehen. Sprich Häuser, öffentliche Verkehrsmittel müssen umgebaut werden, bzw. der Aspekt der Barrierefreiheit soll bereits in die Ausbildung von Architekten und Ingenieuren einfließen. Außerdem müssen technische Hilfsmittel wie z.B. Induktionsschleifen vorhanden sein. Zum anderen geht es aber auch um die Barrieren in den Köpfen, die abgebaut werden müssen. Ein bekannter Ausspruch zum Thema Inklusion lautet: „Wer Inklusion will sucht Wege, wer sie nicht will sucht Begründungen.“

## 3. Leistungsgewährung

Viele der Anwesenden berichteten von einem undurchschaubaren Dschungel an Leistungsträgern und entsprechenden Anträgen. Der oftmals hohe bürokratische Aufwand erstickt die Barrierefreiheit. Die Verfahren für Leistungsgewährungen z.B. für Assistenzen oder technische Hilfsmittel sollen daher vereinfacht werden. Es wäre von Vorteil eine einzige neutrale Anlaufstelle zu schaffen, an die man sich mit seinem Bedarf wenden kann und die auch Unterstützung für das stellen der jeweiligen Anträge anbietet. Bestimmte Checklisten für Betroffene, in denen mögliche Leistungen aufgeführt sind, auf die man ein Recht hat, wären hier ein konkreter Schritt. Zudem sollte die Beweispflicht nach dem „in dubio pro reo“-Prinzip bei den Leistungsträgern liegen, sodass es nicht bei den Antragstellern liegt zu rechtfertigen, warum sie einen bestimmten Bedarf haben, sondern vielmehr bei der zuständigen Stelle zu beweisen, dass man ihn nicht hat. Somit wäre vielen die Last genommen jedes Jahr neue Anträge zu begründen, obwohl sich an ihrer persönlichen (auch gesundheitlichen) Situation nichts geändert hat.

Zudem sollten Leistungen besser angepasst werden. Nachteilsausgleiche müssen vermögens- und einkommensunabhängig bezahlt werden und auch für Menschen mit Körperbehinderung zu beantragen sein, da diese bisher von ihrer Pflegestufe abhängig sind. Auch Freiwilligendienste wie zum Beispiel das Freiwillige Soziale Jahr oder auch Praktika, die oftmals von Universitäten erwartet werden, müssen bezuschussbar werden. Betroffene sollten ihre Mehrkosten nicht selbst bezahlen müssen. Dies gilt auch für das BAföG. Hier müssen zusätzliche Nachteilsausgleiche geschaffen werden. Auch Eingliederungshilfe und Mobilitätstrainings werden in der heutigen Zeit meist mehr als einmal im Leben benötigt, daher sollten auch hier bestehende Regelungen erneuert werden.

Eine Netzwerkbildung oder der Austausch über die Grenzen einzelner Bundesländer hinweg ist durch den Föderalismus, vor allem im Bereich „Bildung“ nicht möglich. Möglicherweise wird das Kooperationsverbot, das bisher gesetzlich verankert war, abgeschafft, damit der Bund die Länder im Bezug auf den Bildungsbereich finanziell unterstützen kann. Dieses Thema wurde heiß diskutiert.

Nach zwei Tagen intensiver Arbeit schlägt die Arbeitsgruppe „Bildung“ folgende Beschlüsse vor:

1. Barrieren aller Art beim Zugang zur Bildung überwinden
2. Leistungsgewährung vereinfachen
3. Nachteilsausgleiche schaffen und ausweiten
4. Schulen gestalten und leben Inklusion

Die Arbeitsprozesse der einzelnen Arbeitsgruppen wurden genauestens dokumentiert und im Anschluss an die Auswertung wird jeder Abgeordnete entsprechende Dokumente erhalten.

Ich bin sehr beeindruckt von der Veranstaltung. Es war toll, dass so viele unterschiedliche Menschen mit Behinderung sich im Deutschen Bundestag versammelt haben und so Partizipation live miterleben durften. Ich hoffe, dass das keine einmalige Sache war und dieses Treffen in mehreren Jahren regelmäßig stattfinden wird. Der Austausch war sehr erfolgreich und ist eine gute Möglichkeit alle Bundestagsabgeordneten über die Situation und die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung aufzuklären und somit die Behindertenpolitik der Zukunft zu beeinflussen.

Martin Zierold